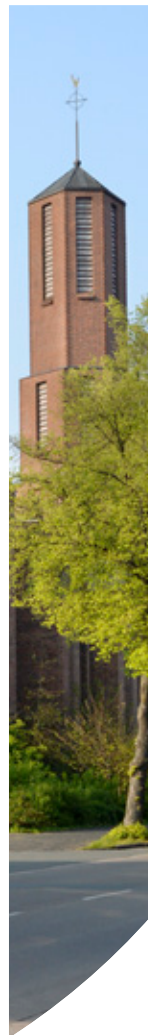
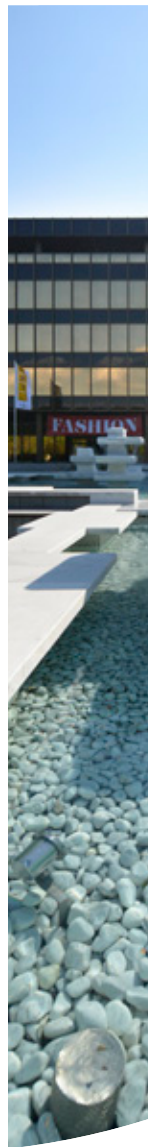
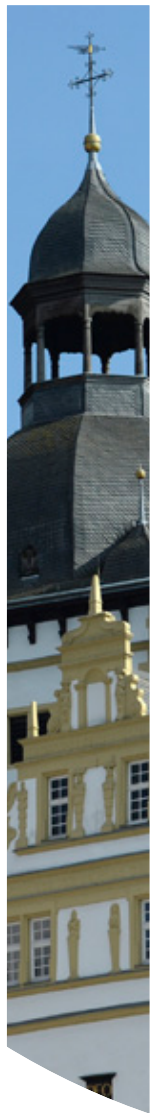
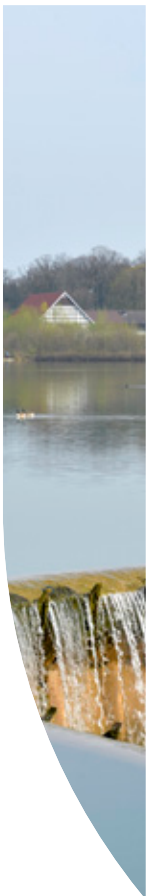
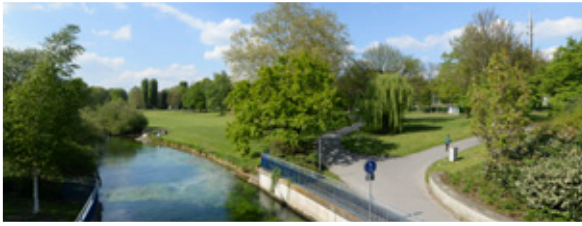


# CDU und FDP - 10 Punkte - Zukunftsprogramm



## **Wählerwillen umsetzen - Erfolge fortsetzen - Chancen erkennen**

### **CDU und FDP - 10 Punkte - Zukunftsprogramm**

[Hinweis: Dieser Text verwendet nur den Begriff „Bürger“, wo eigentlich geschlechtsneutral auch von Bürgerinnen und Bürgern oder Einwohnerinnen und Einwohnern gesprochen werden sollte. Dazu zählen auch Studenten/Studentinnen mit zweitem Wohnsitz in Paderborn, Soldaten/Soldatinnen der Britischen Armee und deren Angehörige sowie die ausländischen Mitbürger und Mitbürgerinnen. Diese Vereinfachung dient einfach dem Zweck der schnelleren Lesbarkeit und Erfassung des umfangreichen und komplizierten Textes und schließt alle Gruppen mit ein.]

In der schwierigen Haushalts- und Wirtschaftskrise der letzten Ratsperiode haben CDU und FDP Ruhe bewahrt, notwendige Entscheidungen getroffen, die Haushaltssicherung abgewehrt, die Steuern und Abgaben trotzdem niedrig halten können und der Stadt so Entwicklungsmöglichkeiten erhalten und Chancen eröffnet. Beide Parteien wollen ihre Wahlprogramme umsetzen, sind sich der Gemeinsamkeiten und Unterschiede bewusst und gestalten im Rat gemeinsam Paderborns Zukunft, **weil...**

**1. sie Michael Dreier mit seinem Programm gemeinsam den Bürgern als Bürgermeister empfohlen haben.**

Seine Person steht für die Gestaltung der Zukunft Paderborns. Seine Vorstellungen umfassen eine Bandbreite von Sozial- über Sport-, Kultur- bis zur Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik. Sie finden sich in den Wahlprogrammen beider Parteien deutlich wieder. CDU und FDP wollen und werden gemeinsam den Wählerwillen der Bürgermeister- und Ratswahl umsetzen.

**2. eine solide Haushalts-, Wirtschafts- und Finanzpolitik generationengerecht ist und eine aktive Gestaltung der Zukunft erst ermöglicht.**

Kommunale Steuern und Abgaben werden durch Entscheidungen, die CDU und FDP vor Ort selbst treffen, nicht erhöht. Beide Parteien nutzen ihren überregionalen Einfluss, um weitere finanzielle Belastungen für Paderborn abzuwehren. Sie halten die permanent formulierte Forderung der Opposition im Stadtrat, die Steuern zu erhöhen, für wirtschafts- und standortfeindlich. CDU und FDP stehen dafür, Investitionen und kommunale Gestaltungsmöglichkeiten weiterhin

zu stärken. Dennoch wird die Verschuldung aktiv abgebaut werden. Es gilt das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes spätestens bis 2017 zu erreichen. Für die Bündnispartner ist die gemeinsame Verabschiedung des Paderborner Haushaltes eine wichtige Voraussetzung ihrer kommunalen Arbeit. Sie haben dabei die Überzeugung, dass nur der Ausgaben tätigen kann, der auch den Haushalt mit seinen Querschnittsaufgaben gestaltet und verabschiedet. CDU und FDP halten bei Entscheidungen durch Land oder Bund, unabhängig von politischen Bewertungen der Regelungen, streng am Konnexitätsprinzip fest – wer entscheiden und bestimmen will, muss auch für eine nachhaltige Finanzierung Sorge tragen.

Eine gute und nachhaltige Haushaltspolitik kann nur durch einen prosperierenden Wirtschaftsstandort Paderborn gewährleistet werden. Daher bauen wir bei allen Überlegungen, die Stadt weiter zu entwickeln, sowohl auf die Unternehmen (vorhandene und neue) wie auch auf die dort beschäftigten Arbeitnehmer. Auch deswegen halten die Bündnispartner es für erforderlich, dass die Stadt Paderborn im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten zu vergebende städtische Aufträge (z. B. Handwerk und Dienstleistungen etc.) möglichst in der Region Paderborn belässt. Im demographischen Wandel stellen sich für die Wirtschaftsförderung neue und gewaltige Herausforderungen, das Wachstum von Wirtschaft und Arbeitsmarkt zu unterstützen. Deswegen werden CDU und FDP unter anderem die Wirtschaftsförderungsgesellschaft neu strukturieren und mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausstatten.

### **3. sie gemeinsame Entwicklungskonzepte haben und mit Leben füllen.**

Die Stadt steht vor gewaltigen und einmaligen Herausforderungen, die beide Parteien als große Chancen begreifen. Die Erarbeitung und Umsetzung benötigt in breitem öffentlichem Konsens entwickelte Konzepte. Die einzelnen Konzepte dürfen dabei nicht singulär nebeneinander stehen, sondern müssen ein schlüssiges, miteinander verzahntes Netzwerk ergeben. Wird beispielsweise der Prozess der Inklusion von vielen politischen Akteuren nur als Schulthematik definiert, so ist er aus Sicht der Bündnispartner eine wichtige Aufgabe von Jahrzehnten, die im Querschnitt aller politischen und gesellschaftlichen Strukturen umgesetzt werden muss. Dabei gelten: Gründlichkeit vor Schnelligkeit und das Konnexitätsprinzip.

Auch Konversionsprozesse haben nicht nur Einfluss im unmittelbaren Bereich der britischen Liegenschaften, sondern wirken sich auch auf viele bestehende Infrastrukturen und bereits vorhandene Planungen aus. CDU und FDP haben bestehende Regelungen, wie z. B. das Einzelhandels- und Zentrenkonzept, immer als lebende und atmende Systeme verstanden und setzen weiterhin auf eine ständige Überprüfung und die sich daraus ergebenden notwendigen Anpassungen. Deswegen stehen beide für die Fortsetzung der in der letzten Ratsperiode begonnenen, bürgernahen Werkstattgespräche (Königsplätze, Domplatz, Museumslandschaft, etc.) und Arbeitsgruppen (Einzelhandels- und Zentrenkonzept, Ratsbürgerentscheid „Busse in der Fußgängerzone“, Verkehrskonzept, Wohnen). Haben die Bündnispartner im letzten Vertrag noch spezifische Straßen im Einzelhandels- und Zentrenkonzept ändern wollen, so sind sie jetzt davon überzeugt, dass sich im Rahmen der Konversionsprozesse auch neue Entwicklungsmöglichkeiten ganzer Quartiere (östliche Innenstadt, Areal Florianstraße, Busbahnhof/Alte Torgasse/Königstraße, Südring/Universität) und Ortsteile (z. B. in Sennelager), eröffnen werden. Daher sind sich CDU und FDP einig in ihrer Ablehnung des Landesentwicklungsplanes (LEP), der diese notwendigen Umsetzungsprozesse verhindert.

Der Verein „Paderborn überzeugt“ wirkt an der Formulierung zukunftsorientierter Konzepte aktiv mit und verbindet politisches und wirtschaftliches Engagement. Seine Aktivitäten, den Standort weiterzuentwickeln und attraktiver zu machen, werden durch die weitere aktive städtische Mitgliedschaft unterstützt.

#### **4. sie das Miteinander von Breiten- und Spitzensport in der Sportstadt Paderborn ausbauen wollen.**

Landesweit wird Paderborn um die Förderung von Kindern und Jugendlichen in allen sportlichen Bereichen beneidet und dient anderen Kommunen als Vorbild. Schon länger können andere vergleichbare Städte die dafür notwendigen finanziellen Mittel nicht mehr aufbringen. CDU und FDP werden die bereits in den vergangenen Jahren gemeinsam gewonnenen und gesicherten Gestaltungsspielräume erhalten und wissen um die wichtige integrative, gesundheitliche und gesellschaftliche Bedeutung des Sports. Darauf aufbauend bieten die Stadt, der Stadtsportverband, die vielen Vereine und städtischen und privaten Einrichtungen jedem einzelnen Aktiven die Möglichkeit, auch aus dem Breitensport heraus in den Spitzensport vorzudringen. Daher gilt es, die vorhandene

ne Sportinfrastruktur in der Fläche weiter zu erhalten, sie nachhaltig zu stärken und Vereinen bei ihrem eingeschlagenen Weg (auch bei der finanziellen Konsolidierung) zu helfen. Im geplanten Jugend- und Leistungszentrum im Bereich Almepark-Nord wird diese Zielsetzung bereits verwirklicht. Die Vereine und Aktiven erhalten dadurch vor Ort wieder mehr Freiräume, den Trainings- und Spielbetrieb zu erhalten und auszubauen. Die Jugend erfährt eine optimale Förderung und der Spitzensport erhält außerdem die dringend notwendigen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche, professionelle und dauerhafte Positionierung an der Spitze. Die Bündnispartner begrüßen in diesem Zusammenhang auch ausdrücklich die Zusammenarbeit zwischen SCP, Ahornsportpark und der Stadt Paderborn. CDU und FDP stehen zu den im Wahlkampf hierzu getroffenen finanziellen und zeitlichen Aussagen und unterstützen nachdrücklich den Antrag zur Errichtung eines NRW-Leistungssportzentrums. Dadurch wird Paderborn als DIE Sportstadt in OWL ihrem Namen gerecht.

## **5. sie Kultur nicht nur für einen weichen Standortfaktor halten.**

Paderborn ist Kulturstadt! Das zeigt sich hier nicht nur in Steinen, sondern vor allem in Menschen. Die Stadt hat eine lebendige Kulturszene vorzuweisen, deren Vielfalt CDU und FDP bewahren und fördern wollen. Daher wird im Bereich der Finanzierung freier Träger auch nicht gekürzt. Wichtige Beiträge zur Konsolidierung der städtischen Finanzen sind in der vergangenen Ratsperiode bereits in diesem Bereich geleistet worden. Verbesserungsbedarf sehen die Bündnispartner im Bereich junger und moderner Kultur und zeitgemäßer Freizeitangebote. Für eine Universitätsstadt, die hofft, ihre studentischen Bürger auf Zeit zu dauerhaften Paderbornern zu machen, muss der Anspruch hier höher liegen. Die Stadt verfügt über die nötigen Kreativen und wird sie in den nächsten Jahren noch besser fördern und ihnen Gestaltungsfreiräume eröffnen.

Die Kulturwerkstatt ist ein wichtiger Baustein im Gefüge der lebendigen Kulturszene. CDU und FDP stehen zu ihren Zusagen, dass zeitnah eine Lösung zur dringend notwendigen räumlichen Erweiterung gefunden wird. Der anstehende Prozess der Konversion kann hier - aber auch in vielen anderen Bereichen der Kultur - für neue Chancen und Möglichkeiten sorgen. Diese zu nutzen, ist eine der vordringlichsten Aufgaben der neuen Ratsperiode.

Das Theater mit neuem Haus und neuer Intendantin ist ebenfalls auf dem richtigen Weg, die angebotene Bandbreite an Kultur zu erweitern. Dort setzt man auf mehr Kooperationen mit Externen und versucht gezielt, neues Publikum von der hohen Qualität zu überzeugen. Überregional wird das Theater vermehrt wahrgenommen und geschätzt. Spitzenkultur ist neben Spitzensport das beste Werbemittel einer Stadt. CDU und FDP werden diesen Weg dauerhaft unterstützen.

Die Paderborner Museumslandschaft befindet sich im Wandel. Das Museum für Stadtgeschichte wird aus dem Adam & Eva-Haus ausziehen und eine neue, attraktivere Bleibe am Abdinghof erhalten. Das bringt die gesamte räumliche Verteilung in Bewegung. Ein Kunstquartier für zeitgenössische und moderne Kunst wird rund um das Schloss in Schloß Neuhaus entstehen. Bisher ist es gelungen, den beteiligten Akteuren im Rahmen eines Gesamtplanes jeweils angemessene Lösungen anzubieten. Der auf Dialog ausgelegte Prozess wird fortgesetzt und CDU und FDP werden weiter dafür Sorge tragen, dass alle Interessen gerecht und nachhaltig berücksichtigt werden.

## **6. die Bürger in einer sicheren und attraktiven Stadt leben wollen.**

Ein bedeutender Faktor für eine hohe Lebensqualität ist die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Wichtig ist, dass dies auch in allen Teilen der Stadt gleichermaßen gilt. CDU und FDP legen dabei Wert auf ein ausgewogenes Verhältnis von Prävention, Maßnahmen der unmittelbaren Sicherheit und der Bewahrung von Freiheitsrechten. Die in Paderborn praktizierte Kooperation zwischen Ordnungsamt und Polizei in Form von BOSS leistet dabei hervorragende und beispielhafte Arbeit und soll nicht nur beibehalten, sondern ausgebaut werden.

Vorrangiges Ziel muss es sein, Kriminalität in all ihren Ausprägungen von vornherein zu verhindern. Die Bündnispartner setzen sich dafür ein, dass jedes Handeln auf dem Gebiet der Verbesserung der Sicherheit konsequent an den aktuellen Kriminalitätsausprägungen ausgerichtet ist. Den organisierten Diebesbanden im Bereich unserer Innenstadt und in den Gewerbegebieten gilt daher ein besonderes Augenmerk und es muss mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln aktiv gegen diese vorgegangen werden.

Darüber hinaus sind sich CDU und FDP darüber einig, dass lange andauernde Leerstände, z. B. durch Übergangsnutzungen (auch im Hinblick auf dadurch vermeidbare Angsträume) vermieden werden müssen. Das gilt für städtische und private Flächen und Gebäude.

Die Attraktivität der Innenstadt trägt zum Sicherheitsempfinden der Bürger bei. Die Gespräche zwischen der Stadt, Anliegern, Bürgern und den Vertretern des Einzelhandels bezüglich des City-Managements, verbindliche Anlieferungszeiten und -zonen und ihre konsequente Kontrolle, Aufbewahrungsmöglichkeiten für Taschen und Fahrräder und eine innerstädtische Anlaufstelle für Anliegen der Bürger im Bereich des Abdinghofes müssen konkretisiert und die sich ergebenden Handlungsempfehlungen zeitnah umgesetzt werden.

Existentiell für alle Bürger Paderborns ist der Erhalt einer grundlegenden Infrastruktur. Dabei stellen sich vor Ort unterschiedliche Herausforderungen. Die Bündnispartner werden daher alle Orts- und Stadtteile bei ihrem Bemühen, die notwendigen Infrastrukturen aufrecht zu erhalten, unterstützen.

Bezahlbarer Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen ist oberstes Ziel städtischer Wohnungspolitik. CDU und FDP sind sich darüber einig, dass sowohl innerstädtisch durch Verdichtung und in den Stadt- und Ortsteilen durch Ausweisung und Ausweitung attraktiver Neubaugebiete neuer Wohnraum geschaffen werden muss. Insbesondere werden CDU und FDP, anders als die Oppositionsparteien, auch weiterhin in allen Orts- und Stadtteilen auf nachfragebasiertes Wachstum setzen. Dabei sind neben der Stadt private Investoren und Grundstücksbesitzer in der Verantwortung. Die eingesetzte Arbeitsgruppe „Wohnen“ soll hierzu Lösungsvorschläge unterbreiten. Die Projekte des Spar- und Bauvereins Paderborn eG stehen vorbildlich für die Symbiose zwischen integrativem, öffentlich gefördertem Wohnungsbau, generationenübergreifendem Wohnen und wirtschaftlichem Engagement. Dies gilt es seitens der Stadt zu unterstützen. Eine eigene städtische Wohnungsbaugesellschaft lehnen CDU und FDP daher weiterhin als nicht zielführend und damit überflüssig ab.

## **7. gute Verkehrspolitik gute Standortpolitik ist und Menschen verbindet.**

CDU und FDP wollen den Verkehrsfluss für alle Zielgruppen optimieren. Dabei nehmen sie die bereits gesammelten Vorschläge aus der Bürgerschaft und Wirtschaft sehr ernst, ebenso wie Maßnahmen aus dem Verkehrskonzept. Dabei betonen die Bündnispartner, dass die Erreichbarkeit der Innenstadt und der Stadtquartiere für alle weiterhin gewährleistet wird und ausreichend Parkraum zur Verfügung stehen muss. Das heißt konkret: Es dürfen keine Pkw-Parkplätze in der Summe verloren gehen und die Zahl der Fahrradstellplätze wird deutlich ausgebaut. Darüber hinaus müssen die zügige Erreichbarkeit und die Lebensqualität in den Quartieren und Stadtteilen durch eine Überprüfung vorhandener Verkehrsinfrastruktur und gegebenenfalls ihre Optimierung (Verkehrsberuhigung, Sicherheit und sinnvolle Umgestaltung) gewährleistet werden. Moderne Verkehrskonzepte wie Kreisverkehre, „Grüne Wellen“, temporäre Ampelabschaltungen sowie die Überprüfung der Anzahl der Ampelanlagen, Park & Ride-Angebote und ein ausgedünnter Schilderwald werden durch die CDU und FDP offensiv in Angriff genommen.

Die Bündnispartner sehen das eigene Verkehrsunternehmen PaderSprinter gut aufgestellt und unterstützen weiter die angedachten Attraktivitätssteigerungen.

Straßenerneuerungsmaßnahmen und ihre Standards werden auf das Notwendige begrenzt, um die betroffenen Bürger nicht über Gebühr zu belasten.

Das Bahnhofsareal muss nach dem Neubau des Bahnhofes noch einmal bezüglich der Erreichbarkeit für alle Nutzer (Busse, Taxen, Kurzstopps, Fernreisebusse etc.) überplant werden.

## **8. Paderborn starke Kindergärten, Schulen und Sozialangebote braucht und dadurch Menschen stärkt.**

Oberstes Ziel städtischer Bildungspolitik ist es, jungen Menschen zu ermöglichen, sich selbst ein eigenständiges und eigenverantwortliches Leben aufzubauen. Mit steigendem Alter sind sie immer mehr bereit, Verantwortung zu übernehmen und selbstbestimmt über ihre Handlungen zu entscheiden. Die Rahmenbedingungen für Eltern, Kinder und Jugendliche werden CDU und FDP



weiter aktiv und konsequent verbessern und erweitern. Dabei gilt der Grundsatz, dass die Politik die Eigenständigkeit oder gar Existenz gut funktionierender und etablierter Einrichtungen nicht gefährden darf. Sekundarschulen oder Gesamtschulen werden auch weiterhin nicht auf Kosten der Gefährdung vorhandener Schulstandorte geplant oder realisiert. Dabei erkennen die Bündnispartner die Notwendigkeit einer stadtweiten Konzeption, die dafür sorgt, dass auch Schulwechsel in allen Jahrgangsstufen möglich bleiben. Die Wahlfreiheit, wer wann wohin gehen will, wollen CDU und FDP den Eltern und Schülern erhalten.

Beide Parteien werden im Rat nichts unterstützen, was für eine Reduzierung des Angebots bzw. eine Minderung der Qualität sorgen würde.

Grundschulstandorte werden in allen Stadtteilen erhalten bleiben, nötigenfalls muss eine Kooperationslösung mit Nachbarstandorten realisiert werden. Bekenntnisschulen leisten einen wichtigen und qualitativ hochwertigen Beitrag zur Paderborner Schullandschaft. Am bisherigen Verfahren, diese gegebenenfalls umwandeln zu können, wollen CDU und FDP nichts ändern, weil es dafür sorgt, dass nicht nach kurzfristiger Stimmungslage entschieden wird, sondern gegebenenfalls langfristige demographische Verwerfungen Veränderungen erzeugen. Dabei setzen die Bündnispartner aber auch auf bedarfsorientierte Lösungen durch die Gespräche der Kirchen mit dem Gesetzgeber.

Die Bündnispartner stehen zum weiteren notwendigen Ausbau des U3- und des Ü3-Angebotes vor Ort. Vor dem demographischen Hintergrund muss zwischen nachhaltigen langfristigen, aber auch vernünftigen kurzfristigen Lösungen abgewogen werden; für Letztere müssen dann im Einzelfall Interimsoptionen möglichst schnell umgesetzt werden. „Kurze Beine – kurze Wege“ muss das Motto für die Kindertagesstätten genauso wie für die Grundschulen lauten. Auch hier muss eine enge Verbindung zu anderen Trägern gehalten werden. Die Bündnispartner schätzen die gute Zusammenarbeit zwischen der Stadt Paderborn und den freien Trägern und werden daran festhalten. Um Familie und Berufstätigkeit besser miteinander vereinbaren zu können, ist es CDU und FDP wichtig, dass die Verwaltung ein Modell zur Flexibilisierung von Öffnungszeiten in städtischen Kindertageseinrichtungen entwickelt. Das jetzige Modell der Öffnungszeiten ist nicht mehr bedarfsgerecht. Vorstellbar ist ein Modellversuch in einzelnen Kitas, der auch in enger Kooperation mit interessierten Unternehmen umgesetzt wird.

Die Bündnispartner sind sich der Bedeutung einer offenen Jugendarbeit weiter bewusst und wissen auch um die finanziellen Herausforderungen.

CDU und FDP sehen in der weiteren Integration von Neu-Paderbornern eines der wichtigsten sozialpolitischen Themen.

Die Bündnispartner betonen die gute sozialpolitische Ausrichtung der Stadt Paderborn. Diese essentielle gesellschaftliche Aufgabe erfährt durch das Thema Inklusion einen bedeutenden Aufmerksamkeitsgrad. Kein Bereich betrifft alle Generationen so sehr wie der Sozialbereich. Daher gilt es, aus dem Kinder-, Jugend- und Sozialbericht schlüssige Antworten auf drängende Fragen zu formulieren.

## **9. sie sich der umwelt- und energiepolitischen Verantwortung im Sinne der Bürger stellen.**

Die Bündnispartner sind der Überzeugung, dass die Energiewende eine Jahrhundertherausforderung darstellt, die nur gemeinsam bewältigt werden kann. Dabei setzen sie auf die Ankündigung der Bundesregierung im Koalitionsvertrag, wonach eine Öffnungsklausel in das Baugesetzbuch (BauGB) eingefügt werden soll. Damit würde auch das Land Nordrhein-Westfalen in die Lage versetzt werden, konkrete Regeln über Mindestabstände zu Wohnbauflächen zu erlassen. CDU und FDP erwarten von der Landesregierung für Paderborn eine klare Unterstützung bei diesem in der Bevölkerung, vor allem auch vor Ort, nicht miteinander, sondern teilweise gegeneinander, kontrovers diskutierten Thema. Derzeit entscheiden in Deutschland vorwiegend Gerichte, wo Windkraftanlagen errichtet werden dürfen und wo nicht. Diese Entscheidung muss in Zukunft wieder bei den Städten und Gemeinden liegen - dort muss die Planung stattfinden. Daher sind sich CDU und FDP darüber einig, dass dieses nur durch die Abschaffung der Privilegierung im BauGB und eine genauere Definierung des Begriffs „substanzieller Raum“ gewährleistet werden kann. Darüber hinaus erwarten CDU und FDP Ergebnisse aus bereits beauftragten Studien der Bundesregierung zum Thema Infraschall, damit diese im Genehmigungsverfahren auch Berücksichtigung finden. Weiter setzen die Bündnispartner auf neuere Technologien, die die „Dauer-Befeuern“ der Windkraftanlagen auf das Notwendigste reduzieren und die Belastung der Bevölkerung durch die roten Lichtsignale minimieren. CDU und FDP werden daher ihren Einfluss auf den verant-

wortlichen Ebenen nutzen, um für alle Bürger verlässliche und verträgliche Lösungen zu erhalten. Auch bisher haben CDU und FDP die gesetzlich möglichen Spielräume voll ausgenutzt, um die Freiheits- und Eigentumsrechte der Anlieger zu schützen. Sie sind sich bewusst, dass dies aufgrund der bekannten Schwachstellen (substanzieller Raum, Mindestabstände etc.) für die Betroffenen und die kommunalen Entscheidungsträger nicht zufriedenstellend geregelt war. Bis zu einer endgültigen Lösung durch den Gesetzgeber setzen CDU und FDP auf die in der jüngsten Vergangenheit praktizierten, kompromissorientierten Vereinbarungen.

Die Bündnispartner sind der Überzeugung, dass Wasser in kommunaler Verantwortung verbleiben muss und unser Grundwasser zu schützen ist. Daher lehnen sie Fracking weiterhin ab.

Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung der vergangenen Periode die ergebnisoffene Potenzial- und Machbarkeitsüberprüfung zur Gründung eigener Stadtwerke in Auftrag gegeben. CDU und FDP stehen zu ihrer Unterstützung dieses Vorhabens, aber auch dazu, dass die Chancen und Risiken für ein solches kommunales Unternehmen und damit für die Bürger realistisch dargestellt werden. Auch erinnern die Bündnispartner daran, dass in diesem Prozess mit überprüft werden muss, in welcher Form die politische Einflussnahme auf die eigenen Stadtwerke, ggf. auch durch Hinzuziehung eines Strategischen Partners, auf das Notwendigste minimiert werden kann.

## **10. CDU und FDP wissen, dass sechs Jahre eine lange Zeit sind.**

Da bereits jetzt zahlreiche Themen für die politische Arbeit im Stadtrat durch Entscheidungen der letzten Ratsperiode (z. B. Königsplätze, Stadtverwaltung, Stadtwerke) oder durch übergeordnete politische Gremien (z. B. Konversion, Inklusion, Landesentwicklungsplan, KiBiz) vorgegeben sind, werden CDU und FDP ihre begonnenen Arbeiten und Zielsetzungen kontinuierlich weiterführen und 2016 weitere politische Ziele formulieren, die aus den dann zu erkennenden Notwendigkeiten und der weiteren Entwicklung erwachsen.

Diese Vereinbarungen zwischen CDU und FDP werden für die Ratsperiode 2014 – 2020 beschlossen.  
CDU und FDP setzen diese Vereinbarungen gemeinsam um.

Paderborn, 27.06.2014

**RH Markus Mertens**

CDU-Stadtratsfraktion Paderborn  
CDU-Stadtverband Paderborn

**RH Dominic Gundlach**

FDP-Stadtratsfraktion Paderborn

**RH Daniel Sieveke MdL**

CDU-Stadtratsfraktion Paderborn  
CDU-Stadtverband Paderborn

**RH Karsten Grabenstroer**

FDP- Stadtratsfraktion Paderborn